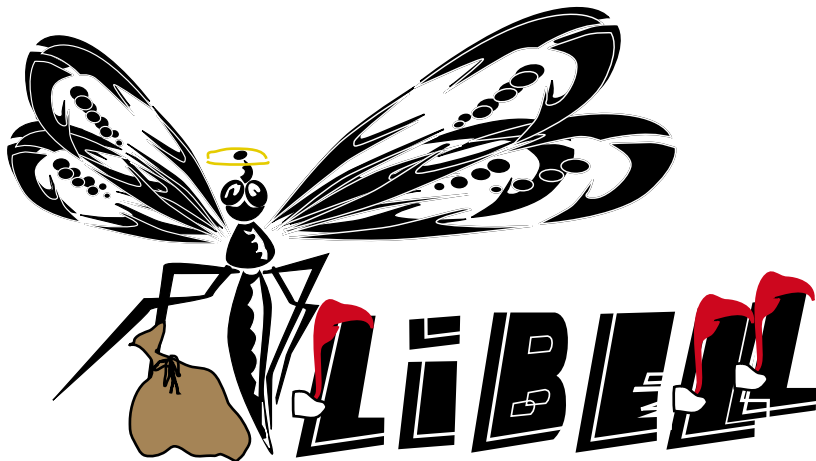


A 10940 Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt



LIGA LIBELL 140

23. DEZEMBER 2011

GRÜNE LIGA BRANDENBURG

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen



Grundsätze der GRÜNEN LIGA

Heinz-Herwig Mascher
> S. 3

**20 Jahre Förderverein Buschgraben
Bäketal e. V.**
Norbert Wilke
> S. 4

Sonderheft: Nachgehakt
Norbert Wilke
> S. 5-8

Buchvorstellung

Heinz Herwig Mascher
> S. 9

Wanderung Messohori

Hans-Otto Träger
> S. 10

**10. Todestag von Reimar Gilsen-
bach**
Norbert Wilke
> S. 11

Grundsätze zur Arbeit der GRÜNEN LIGA

In wenigen Tagen beginnt das Jahr, in welchem der Landesverband der GRÜNEN LIGA Brandenburg e. V. seinen 20. Gründungstag begehen wird. Derlei Jubiläen sind Anlass, Gewesenes zu würdigen und über Künftiges nachzudenken.

Als der Gründungsauftrag im Herbst 1989 verfasst wurde, war das Ziel klar: alle ökologisch engagierten und interessierten Kräfte in der DDR an einen Tisch bringen, vernetzen, die Verbesserung der katastrophalen Umweltsituation des Landes in die Hand nehmen. Als dieser Auftrag dann in die Welt gesetzt wurde, war dieses Ziel schon fast wieder überholt: Die Mauer war gerade geöffnet, und die großen reichen Verbände aus dem Westen brachten schon ihr buntes Infomaterial unter die Leute. Auf dem Gründungskongress gab es folglich „freundliche Übernahmeangebote“, denen wir uns aber verweigerten. BRD-Umweltminister Töpfer soll damals das Ziel formuliert haben, das Entstehen einer eigenen ostdeutschen Umweltbewegung zu verhindern. Das gelang nicht. Die GRÜNE LIGA saß bereits an den Runden Tischen und wuchs zunächst zu einem wichtigen Akteur im Umweltbereich. Das Ziel war nunmehr, im vereinten Deutschland die Stimme der grünen Bewegung aus dem Osten zu sein – zumal die kleine grüne Partei der DDR sich schon Anfang 1991 mit jener aus dem Westen vereinigte und wenig Akzente setzen konnte. In den 1990er Jahren wurden wir dieser Rolle weitgehend gerecht, auch in Brandenburg (obwohl hier der Umbau von der DDR-Bezirks- zur Landesstruktur etwas komplizierter war als anderswo). Im Aktionsbündnis gegen den Havelausbau, im Kampf gegen neue Tagebaue, in den Diskussionen über neue Formen der Energiegewinnung, bei Debatten in Landtag und Medien zu umweltrelevanten neuen Gesetzen waren wir gleichberechtigter, anerkannter Teil der Verbändeszene. Beim Thema Transrapid hatten wir in Brandenburg sogar so etwas wie die Meinungsführerschaft inne.

Die Zeiten änderten sich. Etliche Gruppen und Aktive verabschiedeten sich, neue kamen hinzu. Eine neue Generation ist inzwischen herangewachsen, die kaum noch in Ost-West-Kategorien denkt. Haben sich die Umweltprobleme nicht längst soweit angeglichen, dass diese



Heinz-Herwig Mascher, Vorsitzender der GRÜNEN LIGA Brandenburg

Unterschiede irrelevant sind? Im Grunde genommen wird ein Umweltverein, der sich rein ostdeutsch definiert, nicht mehr benötigt.

Die GRÜNE LIGA braucht ein neues Profil, eine neue Aufgabe und ein neues Selbstverständnis.

Dieses nicht entwickelt zu haben, fällt uns neuerdings immer mehr auf die Füße. Wer sich in einem Umweltverband engagieren möchte, geht heute zu NABU oder BUND – die sind in den Medien präsent. Die GRÜNE LIGA kommt in Brandenburg fast nur noch mit dem Tagebau-Geschehen in der Lausitz vor. Dass auch die BI FREIE HEIDE, ARGUS Potsdam oder die EDEN-Genossenschaft zur GRÜNEN LIGA gehören, weiß außer Insidern niemand. Damit verschenken wir Aufmerksamkeitspotential. In der Außendarstellung des Netzwerkes wäre es schön und sinnvoll immer wieder auf die Mitgliedschaft in der GL hinzuweisen.

Das Netzwerkprofil hat aber noch einen anderen Nachteil: Die Führungsebene des Vereins hat weniger Zeit Entscheidungen zu treffen. Gleiches gilt für Gespräche mit den jeweiligen Ministern. Es fehlen uns finanzielle Ressourcen für eine notwendige Professionalisierung. Es ist bedauerlich, dem Bundesverband der GRÜNEN LIGA nicht den satzungsgemäßen Beitrag zahlen zu können – aber ich schäme mich dafür, unseren Mitarbeitern kein auskömmliches Gehalt entsprechend ihrer Leistung bieten zu können!

Andererseits: Es gibt auch neue

Formen der Kommunikation durch das Internet. Hier können und müssen wir aktiver werden. Interessant an diesem Punkt scheint für uns die neue politische Bewegung der „Piraten“ zu werden. Diese üben völlig neue Formen der Demokratie ein – und haben dabei auch dasselbe „Zeitproblem“, wenn es um schnelles Reagieren geht. Unsere Homepage werden wir trotzdem inhaltlich selbst füllen müssen, ohne Freibeuterei.

Man könnte es als Teil eines Selbstbildes verstehen, dass eben bunt, verschieden, nicht in eine Form gepresst zu sein wie Mitglieder anderer Verbände. Nur – die Mitglieder anderer Vereine stören sich daran gar nicht. Sie sehen sich auch als Teil eines größeren Ganzen, nur dass es nach außen sichtbarer ist. Ein der GRÜNEN LIGA vergleichbares Bündnis ist allenfalls der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Der verzichtete seinerzeit auf eine Ostexpansion, weil man in der GRÜNEN LIGA ein Pflänzchen eigener Art sah, dass sich entwickeln sollte. Ein Zusammenschluss beider ist aber derzeit nicht denkbar. Der BBU nimmt grundsätzlich kein Geld vom Staat. Alle Mitgliedsgruppen finanzieren sich allein durch Beiträge und Spenden. Das schafft die GRÜNE LIGA nicht. Die einzigen, die das versuchen mussten, waren die Grünligisten ganz im Norden – ihr Landesverband wurde ein Fall für den Insolvenzverwalter. Und im Selbstverständnis liegen die einzelnen Landesverbände der GRÜNEN LIGA auch viel weiter auseinander als die Gruppen

des BBU. – Aber vielleicht lassen sich Synergien herstellen, wenn andere Vereine mit in das Netzwerk der GRÜNEN LIGA integriert werden könnten, die jetzt formal eigenständig agieren, aber auch nur ein Nischendasein führen können mangels finanzieller und/oder personeller Beschränkungen?

Es stellen sich Fragen ob wir mit der derzeitigen Verbandsstruktur die zu-

künftigen Herausforderungen meistern können. Der Landessprecherrat hatte daher im vergangenen Jahr eine Initiative gestartet. Auf einem Treffen zwischen den Jahresversammlungen wollten wir an einem Wochenende Bilanz ziehen und uns über Entwicklungsmöglichkeiten austauschen. Leider gab es zu wenig Resonanz. Etwa zur gleichen Zeit hatten die Bundessprecher die gleiche Idee. In Berlin konnte vor Kurzem ein solches Treffen

stattfinden. Zumindest zum „Profil“ gab es ein paar Ideen, welchen Themen sich die Liga widmen könnte. Das auf Brandenburg „herunterzubrechen“ muß als eine Hauptaufgabe der Landessprecher gelten. Aber ohne unsere Mitglieder geht das nicht. Wir wollen und können ja nichts von oben „befehlen“. Daher möchte ich hiermit zur Diskussion um die Zukunft der GRÜNEN LIGA in Brandenburg aufrufen. ■ Heinz-Herwig Mascher

20 Jahre Förderverein Buschgraben Bäketal e. V.

Am 8. November fand im Kleinmachnower Rathaus eine Feierstunde anlässlich des 20jährigen Bestehens des Fördervereins Buschgraben Bäketal e. V. statt. Viele der Anwesenden waren schon zur Gründung des Vereines und in den Jahren davor im Umweltschutz aktiv. Mit über 40 Teilnehmern war die Veranstaltung gut besucht. Der Bürgermeister Kleinmachnows, Michael Grubert, betonte in seiner Rede die Notwendigkeit des ehrenamtlichen Engagements im Umweltbereich. Er lud den langjährigen Vereinsvorsitzenden, Dr. Gerhard Casperson, stellvertretend für den Verein in das Rathaus ein, um sich in das Goldenen Buch der Stadt einzutragen. Die Eintragung fand am 15. November statt. Der Leiter des Fördervereins Nuthe-Nieplitz Niederung, Karl Decruppe, erläuterte als weiterer Gastredner die vielfältige Arbeit des Fördervereines im Bereich des Naturparks. Viel lässt sich erreichen, wenn die Protagonisten in einer Region zusammenarbeiten. Abschließend gab Dr. Casperson einen Rückblick auf 20 Jahre Vereinsarbeit.

Die Gründung des Fördervereins hatte eine Vorgeschichte, die mit der friedlichen Revolution 1989 eng verknüpft war. In vielen Kirchengemeinden in der DDR versammelten sich Menschen in Friedens- und Umweltgruppen, um unter dem Dach der Kirche Themen offen zu diskutieren, die nicht immer in das Weltbild der vom DDR-Regime vertretenen Ideologie passten.

In der Evangelischen Kirchengemeinde Kleinmachnow unter Pfarrer Rainald Ellinger wurde ab 1986 aktiv am ökumenischen-konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in speziellen

Gottesdiensten, Gemeindegemeinschaften, Friedensgebeten und Friedensdekaden mitgearbeitet. Zerstörung von Natur und Umweltbelastung in der DDR waren Dauerthemen bei diesen Treffen. Diese Gemeindeveranstaltungen erfuhren großes Interesse in der Bevölkerung, aber auch bei der Abteilung Inneres des Rates des Kreises und Bezirkes und den dafür eingesetzten Informanten. Erste Aktivitäten der Arbeitsgruppe Umwelt waren das Eintreten für die Öffnung des Geländes auf dem Seeberg, wo sich bis 1990 die Sonderschule des ZK der SED befand, und die Zugänglichkeit zur Hakeburg. Nach Abzug der Grenztruppen gab es erste gemeinsame Bemühungen mit Naturschützern aus Berlin-Zehlendorf zur Sicherung des im Schatten der Grenze entstandenen Naturraumes am Buschgraben und in anderen Bereichen. Im Sommer 1990 konnten die ersten Freiflächen gesichert werden, im Flächennutzungsplan vom Herbst 1990 waren die Freiflächen als schützenswerte Biotope ausgewiesen. Am 16. Oktober 1991 kam es dann zur Vereinsgründung, aus dem Grünen Tisch Zehlendorf und der Arbeitsgruppe Umwelt Kleinmachnow wurde der Förderverein Landschaftsschutzgebiet Buschgraben/Bäketal.

Im Januar 1992 konnte das Naturschutzgebiet Bäketal und Buschgraben von der Gemeinde Kleinmachnow beschlossen werden (festgesetzt vom Land Brandenburg im Juni 1995). Im Rahmen von AB-Maßnahmen fanden viele Renaturierungsprojekte statt. Durch den Bundesverkehrswegeplan Deutsche Einheit 17 waren der Ausbau des Teltowkanals und der Neubau einer 190 m langen Schleuse in Kleinmachnow geplant. Gegen dieses ökonomisch und ökologisch nicht vertret-

bare Projekt haben der Förderverein und die mit ihm verbundene Bürgerinitiative „pro Kanallandschaft Kleinmachnower Schleuse“ 20 Jahre mit Erfolg gekämpft. Anerkennung hierfür gab es auch im September diesen Jahres, als Frau Dr. Ursula Theiler, BI-Sprecherin, den diesjährigen Landesumweltpreis durch die Umweltministerin Anita Tack verliehen bekam. Näheres zum Schleusenprotest kann in der Broschüre der BI „pro Kanallandschaft Kleinmachnower Schleuse“ nachgelesen werden, die über den Förderverein betrieben wird (Chronik des Kleinmachnower Schleusenprotestes 1992-2011).

Am Nordufer des Machnower Sees konnte ein FFH-Gebiet ausgewiesen werden. Hier wurden im Zuge des geplanten Ausbau des Ufers FFH-relevante Arten wie Heldbock und Eremit nachgewiesen und somit konnten 18 alte Eichen in einem Geschützten Landschaftsbestandteil Eichen an der Schleuse Kleinmachnow gesichert werden.

Herausragend war auch die Arbeit des Vereins, die zur Unterschutzstellung des Landschaftsschutzgebietes „Parforceheide“ am 12. November 1997 führte. Breit ist die Palette an Aktivitäten des Fördervereins, die hier noch aufgezählt werden müssten: von Arbeitseinsätzen, z. B. zur Bioptoppflege, auf dem Stahnsdorfer Südfriedhof und zum Krötenschutz, bis hin zu Führungen, Vorträgen und Wanderungen für alle Bevölkerungsgruppen.

Die GRÜNE LIGA wünscht auf diesem Wege weiterhin viel Erfolg für die Vereinsarbeit in den – na mindestens – nächsten 20 Jahren.

■ Norbert Wilke

NACHGEHAKT

Alte Verfahren wieder aufgerollt

Sonderheft der GRÜNEN
LIGA Brandenburg

Die Trottheide bei Marienthal – eine unendliche Geschichte ?

Mild scheint die Sonne, Büsche und Bäume spiegeln sich im klaren Wasser. Hin und wieder ziehen Fische vorbei. Wasserperlen vom letzten Regen glänzen in der frühen Morgensonne in den angrenzenden Kiefern. Ein Naturparadies liegt vor mir.

Unglaublich, dass sich hier der Ort einer der größten Umweltskandale des Landes Brandenburg befindet, die Trottheide. Der Name stammt noch aus der Zeit, als das Waldgebiet denen zu Trottheide gehörte, die im benachbarten Schloss Tornow lebten. Die Heide wurde als Jagdgebiet genutzt. Im Jahr 1887 wurde in der Region beim Bau der Bahn von Berlin nach Templin am Bahndamm Ton gefunden. Findige Unternehmer kauften die Flächen auf und begründeten die Zehdenicker Ziegeleitradition. Bereits 1891 gab es in Zehdenick 25 Ziegeleien.

Etwas 100 Jahre später erreichte der Tonabbau auch die Gemeinde Marienthal, in deren Gebiet die Trottheide liegt. Das 64 ha große Areal sollte die letzte Tongrube sein und am nördlich gelegenen Schutzwall zum Tornowfließ auslaufen. Im Jahr 1990 endete plangemäß der Tonabbau. Das Gelände des Kombinats VEB Ziegelwerke Zehdenick wurde als Staatseigentum der DDR an die Treuhand übertragen. Der Berliner Prokurist Ulrich Pietrucha erwarb das Gebiet, eine unheilvolle Geschichte für die Trottheide sollte ihren Lauf nehmen. Eine Berliner BAUMEX Baustoffhandels GmbH wurde als Eigentümer in das Grundbuch eingetragen. Diese verpachtete die Grube an die SIBA (SIBA Gesellschaft für Kultivierung, Erschließung, Verwaltung von Industriegelände mbH Marienthal) weiter. Geschäftsführer im Handelsregister bei beiden Betrieben war Herr Pietrucha. Die SIBA hatte den Sinn, als Pächterfirma des Geländes nach außen zu symbolisieren, dass sie eine ortsansässige Firma sei.

Sie blieb aber eine Briefkastenfirma, deren Adresse mit dem Marienthaler



Die Trottheide im Sommer 2011

Gasthaus identisch war. Die Fäden wurden weiter von Berlin aus gezogen. Die Firmennamen änderten sich von Jahr zu Jahr, die Protagonisten blieben die selben.

Vor dem Landgericht Neuruppin endete nun am 25. Juli dieses Jahres eine 20jährige politische und rechtliche Farce mit der Verurteilung der beiden Hauptangeklagten. Den beiden Angestellten der BRESTO Fürstenberg GmbH, der Pächterfirma der Grube, wurde nachgewiesen, sich gemeinschaftlicher Gewässerverschmutzung schuldig gemacht zu haben.

Dies geschah allerdings auch bereits vor einem Jahr. Damals hatte aber Richter Ulrich Zwick es nicht geschafft, die schriftliche Urteilsbegründung im „Trottheide-Prozess“ innerhalb von fünf Wochen an den Bundesgerichtshof zu senden. Die offizielle Begründung: ein gebrochener Finger. Ein halbes Jahr später musste das Verfahren erneut aufgenommen werden. Ein weiterer Meilenstein des behördlichen Versagens, wenn es um die Trottheide geht.

Die Sprecherin des Oberlandesgerichtes Brandenburg, Richterin Martina Schwonke, bezeichnete in der MAZ vom 1. Februar 2011 den Vorfall als „absoluten Ausreißer“, den sie so bei Strafsachen noch nie erlebt habe. Kennern der Geschichte der ehemaligen Tongrube wundert es jedoch nicht.

Bereits bei einem Verfahren im Jahr 2004 hatte das Amtsgericht Neuruppin Herrn Pietrucha einen Freispruch erteilt. Hier spielte in der Verhandlung nicht der Umstand der illegalen Müllentsorgung eine Rolle, sondern lediglich der Umstand, ob die Beprobung des Landesumweltamtes richtig durchgeführt wurde, ob ausreichend Proben erhoben wurden und ob die Zustelladresse des Beschuldigten rechtlich richtig war und ob der Beschuldigte wirklich Geschäftsführer der Betreiberfirma war oder doch seine Ehefrau. Schon dieser Prozess war eine Farce.

Kurz nachdem die Grube von Ulrich Pietrucha erworben wurde, reichte die SIBA einen Abschlussbetriebsplan beim zuständigen Landesbergamt ein. Im

Unterschied zu allen 70 vorher aus dem Bergrecht entlassenen Tongruben sah dieser am 17. März 1993 unterschriebene Abschlussbetriebsplan „Ton Marienthal/Trottheide“ vor, die Bergsicherheit durch Verfüllen großer Bereiche der Grube mit Bauschutt und Erden herzustellen. Alle anderen Tonrestlöcher waren bisher durch Ausschilderung von Betretungsverboten gesichert und aus dem Bergrecht entlassen worden.

Um das Vorhaben der Bevölkerung schmackhaft zu machen, enthielt der Plan auch die Aussage: „Es ist geplant, das Restloch teilweise zuzuschütten und die entstandene Wasserfläche im Rahmen eines Naherholungsgebietes mit inselartiger Ferienhausbebauung teilweise zu Badezwecken zu nutzen.“ Die Böschungen sollten abgeflacht und anschließend mit Bauschutt verfüllt werden. Die Halbinsel im Südbereich sollte vergrößert werden, ebenfalls mit Bauschutt aufgeschüttet und anschließend locker mit 50-60 Ferienhäusern bebaut werden. Bis 1997 sollte das Projekt realisiert werden. Die Frage allerdings, wie ein mit Bauschutt teilweise verfülltes Gewässer Badequalität erreichen soll, blieb offen. Die Kreisverwaltung Gransee stimmte dem Vorhaben bei einem Vorbereitungsgespräch beim Landesbergamt in Rüdersdorf zu. Schon bald, bei der Auslegung des Sonderbetriebsplanes, sollte die Untere Naturschutzbehörde (UNB) gar nicht mehr ordnungsgemäß beteiligt werden.

Dies machte sie bereits im März in einem Schreiben an das Landesbergamt geltend und es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass es seitens der Kreisverwaltung erhebliche Bedenken gegen das Vorhaben gebe.

Nachdem am 10. Juli 1994 ein geologisches Gutachten genau zu dem im Sinne des Grubenbetreibers gelegenen Resultat kam, dass eine Sicherheit der Grube – im totalen Widerspruch zur Herstellung der Sicherheit in allen bisherigen 70 aufgelassenen Tongruben – nur durch Verfüllung mit Bauschutt gewährleistet werden kann, wurde am 8. August 1994 vom Oberbergamt der hierfür notwendige Sonderbetriebsplan genehmigt. Erarbeitet wurde der Sonderbetriebsplan vom Ingenieurbüro der Märkischen Geo-Service Alich & Schulz, jenem Ingenieurbüro welches bereits das Gefälligkeitsgutachten erstellt hatten. Zur Verfüllung sollten unbelastete Erden, Bauschutt und Aushub von Straßenbauarbeiten verwandt werden.

Ralf-Rainer Bischof, Leiter des Berg-



Pumpe zum Abpumpen des Grundwassers aus der Tongrube (Frühjahr 1995)

amtes Rüdersdorf: „Die Rede könne schon gar nicht davon sein, dass irgendjemand beabsichtige, hier eine künstliche Müllhalde entstehen zu lassen.“ (MAZ 16.9.1994). Doch genau das sollte geschehen und zwar mit Duldung und Unterstützung aller zuständigen Behörden und politischer Entscheidungsträger.

Weitere Genehmigungen zuständiger Behörden folgten. Am folgenschwersten war sicher die befristete Genehmigung zur Wasserentnahme vom 29. April 1996 und die anschließende Einleitung des Wassers in das Tornowfließ. Mit Hilfe einer Pumpe wurde das Wasser gesümpft, also in das Tornowfließ gepumpt und in die benachbarte Havel eingeleitet. Pro Jahr war die Entnahme von 1,75 Millionen Kubikmetern (!) vom Oberbergamt des Landes Brandenburg genehmigt worden. Der Wasserstand in der Grube sank schnell, natürliche Rutschungen an den Ufern waren die Folge. Diese Rutschungen wurden dann bemüht, um die Notwendigkeit einer Teilverfüllung zu belegen. Große Pläne wurden veröffentlicht. An der Havel sollte ein Hafen entstehen. Hier sollte Bauschutt aus Berlin per Schiff angeliefert werden um ihn dann in die Grube umzusetzen. Ein Wiegehäuschen wurde gebaut und der Zufahrtsweg zur Grube befestigt.

Handeln war geboten, die GRÜNE LIGA Brandenburg klagte gegen die illegale Wasserentnahme aus der Tongrube vor dem Verwaltungsgericht in Potsdam.

Bereits am 29. November 1995, also noch vor der erteilten Genehmigung zur Wasserentnahme, versuchte unser Verein durch einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung die Bauarbeiten und die Wasserentnahme in der Grube zu stoppen. Die renommierte Anwaltskanzlei Philipp-Schmitz-Ridder vertrat uns im Rechtsstreit gegen das Bergamt Rüdersdorf und beantragte „den Antragsgegner im Wege einer einstweiligen Anordnung zu verpflichten bis zum Abschluss des Planfeststellungsverfahrens gemäß § 31 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) die derzeit in der Tongrube im Bereich Marienthal stattfindenden Arbeiten, sowie das Abpumpen des Wassers aus der Grube zu untersagen.“ Bereits am 10. November war vor dem Oberwaltungsgericht des Landes in Frankfurt/Oder eine Klage des Landesumweltamtes Brandenburg (Obere Wasserbehörde) gegen die Baustoffhandels GmbH (Baumex) gescheitert.

Am 7. Juni 1995 hatte das Landesumweltamt (LUA) eine Ordnungsverfügung erlassen, welche besagte, dass innerhalb einer Woche nach Zustellung des Bescheides das Abpumpen des Wassers aus der Tongrube sowie das Zuschieben der Uferböschungen einzustellen und das Verfüllen der Tongrube mit Baurestmassen zu unterlassen ist. Für den Fall des Zuwiderhandelns war ein Strafgehalt von 20.000 DM angedroht worden.

In der Klagebegründung des Oberverwaltungsgerichtes heißt es lapidar „Mithin vermag der Senat aus keinem rechtlichen Gesichtspunkt die Zuständigkeit des Antragsgegners als Obere Wasserbehörde für die streitgegenständliche Ordnungsverfügung zu erkennen.“ Das LUA wurde vom Gericht abgewatscht, es sei für dieses Gewässer nicht zuständig, da es kein Gewässer ist. Solange die Tongrube nicht aus dem Bergrecht entlassen wird ist sie kein Gewässer, egal wie lange sie existiert und wie viel Wasser sie führt. Diese eigentümliche Rechtsauffassung besteht bis heute. Die Klage der GRÜNE LIGA scheiterte ebenfalls. Am 6. Januar 1997 entschied das Verwaltungsgericht (VG) Potsdam, dass unser Antrag rechtlich zweifelhaft war und wir nicht belegen konnten, dass das Abpumpen des Wassers aus der Grube nicht nur der Gefahrenabwehr diene. Das Gericht folgte der Auffassung des Bergamtes, welches aber nicht mit einem Gutachten die Notwendigkeit des Abpumpens belegen musste. Anlässlich eines Erörterungstermins des VG wurde der GRÜNEN LIGA allerdings

eine Beteiligung bei dem zur Einrichtung eines Gewässers notwendigen wasserrechtlichen Planfeststellungsverfahren zugesagt. Dieses Verfahren sollte bis zum 1. September 1996 eröffnet werden. Im November 1998 ließen wir über unsere Anwältin, Frau Philipp-Gerlach, beim Bergamt nachfragen, wann denn nun das Planfeststellungsverfahren eröffnet werden würde. Der Leiter des Bergamtes Rüdersdorf, Herr Rainer Bischof, antwortete hierauf am 16. November 1998 „Sehr geehrte Frau Philipp-Gerlach, obwohl eine Reihe von Einzelabstimmungen zwischen Unternehmen und Bergamt erfolgten, sah sich der Unternehmer bisher außerstande ein abschließendes Konzept zur Umsetzung der Sanierungsaufgaben vorzulegen und ein geeignetes Subunternehmen zur Ausführung der Arbeiten zu gewinnen. Aus diesem Grunde ist ein Antrag auf Gewässerausbau beim Oberbergamt des Landes Brandenburg bisher auch nicht gestellt worden. Das ist unbefriedigend, muss aber unsererseits hingenommen werden, da die Nebenbestimmung Ziffer 5.14 im wasserrechtlichen Erlaubnisbescheid nicht durchsetzbar ist.“ Ein Planfeststellungsverfahren wurde bis heute, 15 Jahre später, nicht eröffnet. Die Handlungsunwilligkeit des Bergamtes ist beeindruckend! Mit Hilfe des Bergamtes konnte sich Brandenburg einen Spitzenplatz bei der illegalen Müllentsorgung in Größenordnungen erkämpfen und bis heute weiter ausbauen. Gegen mehrere Mitarbeiter wurden Verfahren wegen Korruptionsverdacht eingeleitet. Die Müllverbrennung ist teuer, ebenso die ordnungsgemäße Entsorgung. Mit Müll lassen sich Millionen verdienen.

Andere behördliche Versuche, naturschutzrechtliche Belange durchzusetzen scheiterten regelmäßig.

Bereits 1995 war bekannt, dass sich in der Trottheide eine Biberburg befand und auch der Fischotter wurde nachgewiesen. Mitarbeiter der Naturschutzstation Zippelsförde schrieben nach einer Begehung vor Ort an die Untere Naturschutzbehörde in Oranienburg: „Auf der Halbinsel befindet sich eine befahrene große Biberburg (etwa 5 m hangaufwärts und ca. 3 m breit), deren Eingang aktuell dem sinkenden Wasserstand angepasst war. Frische Äste und Schlammabdeckungen, sowie ein frisch gesetzter Markierungshügel neben der Burg bezeugten Anwesenheit und umfangreiche Aktivitäten. Im Umfeld der Burg befinden sich zahlreiche alte, frische und sehr frische Biberschnitte



Biberburg in der Trottheide, dem ständig sinkenden Wasserstand angepasst (März 1995)

im Weidengehölz. Offenbar ist die Grube ein selbständiges Biberrevier mit vermutlich einer „normalen“ Besetzung (zwei Altbiber, Jungtiere des Vorjahres und die zweijährigen Tiere) = vier bis acht Tiere.“ Zu den Folgen der Wasserabsenkung durch Abpumpen in der Grube schreibt Dr. Dolch weiter „Fischotter und Elbebiber sind vom Aussterben bedrohte Arten. Das vollständige Leerpumpen des Restloches, besonders zum jetzigen Zeitpunkt (Winterausgang, Frühjahr), hätte u.U. verhängnisvolle Folgen für beide Arten. Beim Elbebiber wird im Frühjahr der Nachwuchs erwartet. Ein notwendiger „Umzug“ der Tiere durch Abwandern in die Havel und Erschließung eines neuen Reviers ist im Mindestfall mit dem Verlust des diesjährigen Nachwuchses gleichzusetzen. Eine Verfüllung der Grube mit Bauschutt würde die Vernichtung des Lebensraumes beider Arten bedeuten, wobei Tierverluste nicht auszuschließen sind.“ Folgerichtig erließ die UNB des Landkreises Oberhavel am 8. März 1995 eine „Anordnung zur Untersagung von Tätigkeiten aufgrund Naturschutzrechtlicher Bestimmungen.“

Untersagt wurden das Planieren, Einleiten und Vernichtung von Vegetationsflächen, sowie das Abpumpen von Wasser, das zur Veränderung des Lebensraumes führen könnte, bis auf Widerruf.

Dieser erfolgte nur eine Woche später (!) am 16. März, obwohl die Begründung für den Widerspruch rechtlich stichhaltig war. Als Kompromiss wurde ein Damm geschüttet, der den hinteren Teil der

Grube mit der Biberburg vom vorderen Teil abtrennte. Dadurch konnte im hinteren Teil ein etwas höherer Wasserstand gehalten werden. Dies funktionierte bis zu dem Tag, an dem der mit losem Sand geschüttete Damm brach. Er wurde auch nie wieder erneuert. Warum lies sich die UNB darauf ein? Verluste bei den Bibern traten tatsächlich ein, im Jahr 2006 – zur Hochzeit der Müllverfüllung, auch mit giftigen Schlämmen, in der Grube – stellte die GRÜNE LIGA eine Ordnungswidrigkeitenanzeige beim Landesumweltamt. Innerhalb kürzester Zeit wurden sechs tote Tiere im Bereich der Tongrube gefunden. Durch die Hilfe des Naturschutzhelfers Günter Drangosch gelang es, zwei tote Biber zu bergen und der Naturschutzstation Zippelsförde zur Untersuchung zu übergeben. Die Verwesung war bei den gefundenen Tieren bereits soweit fortgeschritten, dass die Laboruntersuchungen eine Vergiftung nicht zweifelsfrei belegen konnte. Die genauen Todesursachen blieben ungeklärt. Die Häufung der Todesfälle um das Jahr 2006 lassen aber den Verdacht einer Vergiftung realistisch erscheinen.

Mit dieser Anzeige endete die rechtliche Arbeit der GRÜNEN LIGA in der Trottheide leider ergebnislos. Seit vielen Jahren nun organisiert der Trottheide e. V. die Bürgerarbeit vor Ort. Unzählige Pressemitteilungen wurden verfasst, Protestwanderungen in Potsdam organisiert, Politiker besucht und vor Ort geführt, alle Gerichtsverhandlungen wurden besucht und begleitet. Keine Aktivitäten in der

Grube blieben unbemerkt. Im September diesen Jahres wurde der Trottheide Verein Mitglied der GRÜNEN LIGA. Herzlich willkommen! Die Aktivitäten des Vereins werden an dieser Stelle zu einem späteren Zeitpunkt vorgestellt.

Ruhe liegt über der Trottheide, aber diese Ruhe ist trügerisch. Noch immer gehört die 62 ha große Tongrube Herrn Pietrucha. Er hat sich längst zurückgelehnt und verpachtet die Grube an immer neue Unternehmen mit den immer gleichen Beschäftigten weiter. Rechtlich ist er so nicht mehr angreifbar und die Pachteinahmen aus den vielen ähnlichen Liegenschaften sind nicht unerheblich. Ein Enteignungsverfahren wäre aufgrund der Vielzahl der Müllskandale der letzten Jahre zwingend notwendig. Noch immer unterliegt die Grube dem Bergrecht und eine Verfüllung aus Gründen der „Gefahrenabwehr“ kann jederzeit wieder aufgenommen werden. Die Trottheide muss umgehend aus dem Bergrecht entlassen und die Grubensicherung mit herkömmlichen Mitteln gewährleistet werden. Die Entsorgung eingebrachter gesundheitsgefährdender Stoffe muss durch die Grubenbetreiber finanziert werden. Viele Politiker aller relevanten Parteien waren in der Grube, um sich ein Bild zu machen. Rechtliche Änderungen von Gesetzen im Landtag gab es bis heute aber nicht. Noch immer ist die Konzentrationswirkung des Bergrechtes, also der Vorrang des Bergrechtes gegenüber allen anderen Gesetzgebungen (wie das Wasser- oder Naturschutzrecht), ungebrochen. Das in den dreißiger Jahren beschlossene Gesetz sollte damals dem Staat den ungehinderten Zugang zu kriegswichtigen Rohstoffen sichern. Es wäre an der jetzigen Landesregierung, hier die notwendigen Gesetzesnovellen auf den Weg zu bringen. Ein erster Schritt wäre vielleicht ein Besuch des zuständigen Wirtschaftsministers, Ralf Christoffers (LINKE), in der Tongrube. Die Einladung des Trottheide e. V. hat er schon erhalten.

■ Norbert Wilke

Norbert Wilke ist Mitbegründer der GRÜNEN LIGA Oberhavel e. V. und Mitglied des Trottheide Vereins. Die Vorgänge in der Trottheide hat er als Mitarbeiter des Naturparks Uckermärkische Seen und als Geschäftsführer der GRÜNEN LIGA Brandenburg seit vielen Jahren begleitet und dokumentiert.



Holz- und Plastehackschnitzel in der Trottheide im Jahr 2006

Unser gemeinnütziger Verein „Trottheide e. V.“ ...

... wurde am 10. Juni 2006 gegründet. Es galt, den nördlichsten und einstmals schönsten See in der Tonstichlandschaft zwischen Zehdenick und Marienthal mit seiner Umgebung, der Trottheide, vor weiterer illegaler Verfüllung mit giftigen, schadstoffbelasteten Abfällen zu retten und sich dann für eine entsprechende Sanierung einzusetzen. Die Einwohner Marienthals waren und sind hier permanent durch den Eintritt von Schadstoffen in das Grundwasser und damit auch in ihr Trinkwasser gefährdet. Um diese unmittelbare Gefahr nicht nur kontrollieren, sondern auch wirksam abwehren zu können, engagieren wir uns und setzen uns für die Beseitigung des gefährlichen und giftigen Materials im See und seiner weiteren Randzone ein.

Gemäß unserer Satzung ist unserer Vereinszweck (§2) „der Naturschutz und die Renaturierung in und um das Tagebaurestloch Marienthal-Trottheide mit den geeigneten Mitteln. Für diesen Zweck setzt sich der Verein insbesondere für die Wiederherstellung und Förderung ökologisch einwandfreier Entwicklung entsprechend den Voraussetzungen eines Naturschutzgebietes ein wie auch für die historische und heimatkundliche Aufarbeitung und Präsentation des ehemaligen Tongrubenstandortes Marienthal.“

Durch das Engagement unserer Mitglieder konnte noch 2006 die Einbringung gefährlichen und übel riechenden

Mülls gestoppt werden, wurden das Landesbergamt veranlasst, zur Gefahrenabwehr offen lagernde Sonderabfälle aus Krankenhäusern, aus Recyclinganlagen und von Kläranlagen an einer Uferböschung abfahren zu lassen, wurde entsprechend unserer Forderungen rund um den See ein Grundwasserkontrollsystem eingerichtet und wurde mit Pressearbeit, Infoständen wie auch mit heimat- und naturkundlichen Wanderungen das sachliche Gespräch gefördert und Kenntnisse dazu vermittelt. Für unsere Aktivitäten erhielten wir am 11. November 2007 den Barbara-Zürner-Umweltpreis.

Auch wenn sich der Trottheidensee jetzt im Jahr 2011 in einigen Bereichen seiner einmaligen Tier- und Pflanzenwelt schon etwas wieder erholen konnte, ist doch der Weg für seine Sanierung und Renaturierung noch weit. Ganz entscheidend für alles ist die große solidarische Kraft der Bürgerbewegung Trottheide e. V. Anfang 2011 zählten wir 74 Mitglieder in unseren Reihen, außer Bewohnern in und um Marienthal und Tornow sind dabei auch Gäste aus der ganzen Bundesrepublik – alles Menschen, die sich gegen die Zerstörung der Natur und damit für die schöne und heile Schöpfung auf unserer Mutter Erde einsetzen. Über jeden, der uns in diesem Sinne gerne unterstützen und Mitglied werden möchte, freuen wir uns sehr. Herzlich willkommen!

■ Vorsitzender Christian Albroscheit
Weitere Infos www.trottheide.de

Buchvorstellung: „Umbrüche auf märkischem Sand“



Am 8. April 2011 ereignete sich kurz vor Rostock einer der schwersten Autobahnunfälle seit dem Ende der DDR: Bei einer Massenkarambolage kamen acht Menschen zu Tode, 130 wurden z. T. schwer verletzt. Plötzlich sei ein Sandsturm entstanden, viele Fahrer hätten nicht rechtzeitig bremsen können, so die Meldungen der Medien. Die Forderung nach Tempolimits tauchte kurz auf, und die Staatsanwaltschaft wollte klären, wer nun warum zu spät bremste und wer nun wie viel Schuld hat. Ursache war aber der Sandsturm, und „für Naturereignisse ist die Staatsanwaltschaft nicht zuständig“, wurde eine Sprecherin zitiert. Nun ist allerdings von Natur aus weder eine Autobahn noch eine Sandwüste in der Gegend vorhanden. Der Sandsturm entstand auf einer großen frisch gepflügten Ackerfläche, eine Form von Windschutz existierte nicht. Der Verfasser dieses Beitrages erstattete daher am 10.4.2011 bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen Unbekannt (§222 StGB u.a.), das Verfahren wird bei der Staatsanwaltschaft Rostock geführt.

Das gleiche Unglück hätte auch in Brandenburg stattfinden können. Es ist nur eine besonders dramatische Folge einer Entwicklung, die von fast allen Landtagsparteien als Erfolgsgeschichte abgefeiert wird: der Umbau der DDR-Agrarindustrie in eine ebensolche nach Super-West-Standard. Einzige Ausnahme: die Fraktion der Grünen. Diese haben nun versucht, einen etwas anderen Blick darauf zu richten – sie lassen 20 Experten unterschiedlichste Sichten auf Brandenburgs Äcker und Weiden werfen.

Im ersten Beitrag des Buches stellt der Historiker Falco Werkentin recht ausführlich die Vorgeschichte dar: Die Bodenreform in der Sowjetzone 1946/48 und deren Rückabwicklung bei gleichzeitiger Zerschlagung des traditionellen Bauernstandes im „sozialistischen Frühling“, als alle landwirtschaftlichen Nutzflächen den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) unterstellt wurden. Damit waren im Grunde bereits die Weichen für die heutige Brasilianisierung gestellt. Was es mit der sog. „Bodenreformaffäre“ der Nachwendzeit in Brandenburg auf sich hat, führt Rechtsanwalt Dr. Purps aus. Daran anschließend hätte der Beitrag zur Bodenpolitik nach 1990 am Besten gepasst. Hier wird dargestellt, dass die Jammerei der LPG-Nachfolger über die mangelnde Bodenbereitstellung durch die Bodenverwertungs- und -verwaltung GmbH (BVVG), welche ehemals „volkseigenes“ Land privatisiert, unangebracht ist, da die eigentlich Benachteiligten die weitaus finanzärmeren bäuerlichen Kleinbetriebe sind. Zitat: „12.000 ostdeutsche Nebenerwerbsbetriebe wären ... bei einer besseren Flächenausstattung in den Hauptbetrieb gewechselt.“ (S. 82). Großbetriebe verfügen über 93% der Flächen – und beschäftigen nicht einmal zwei Personen pro 100 Hektar. 1,5% der Landwirtschaftsbetriebe erhalten ein Viertel der Landessubventionen – weil sie viel Fläche bewirtschaften. Diese und andere Zahlen zu Struktur und Bedeutung der hiesigen Landwirtschaft stellen Prof. Klüter (Uni Greifswald) und Cornelia Behm (MdB) in ihren Beiträgen zur Verfügung.

Solche Fakten sollte man im Hinterkopf haben, wenn man die ökologischen Folgen der im Osten praktizierten Landnutzung verstehen will. Tom Kirschey, Vorsitzender des NABU Brandenburg, beleuchtet das „Konfliktfeld Landwirtschaft und biologische Vielfalt“. Andere Beiträge beschreiben die Probleme des Ökolandbaus und der Honigbiene sowie die widersprüchliche Gentechnikpolitik des Landes. „Fehlentwicklungen und Konflikte um die Bioenergie“ sind ebenso Thema wie die vom Land geförderten Tierfabriken. Und dann schildern Praktiker ihren Weg nach 1990: Der Neueinrichter ebenso wie der Vorstandsvorsitzende einer Agrargenossenschaft (Nr. 56 auf der anhängenden Liste der größten Subventionsempfänger). Auch seine Argumente haben etwas für sich, und es ist den

Bündnisgrünen anzurechnen, auch die Gegenseite so zu Wort kommen zu lassen. Aber wenn ich dann auf den letzten Seiten die Entwicklung der LPG Brodowin zum Öko-Großbetrieb verfolgen kann, werde ich schon sehr nachdenklich – was hätte aus Brandenburgs Landwirtschaft werden können, wenn es um 1990 herum überall Menschen gegeben hätte, die den Mut zu wirklich Neuem gehabt hätten. „Im Gegensatz zu manchem West-Dorf konnte man sich ... vorurteilsfrei mit den ökologischen Alternativen beschäftigen“, ohne „im Dorf schief angeguckt zu werden.“ (S. 88). Das Berlin als – vielleicht – Europas größter Markt für Bioprodukte sich nur zu 15 % im Brandenburger Umland versorgen kann, kann nur als Versagen der Brandenburger Landwirtschaftsminister bezeichnet werden. Immerhin: Nach dem Rückzug von Campina kommt zumindest bei der Milch niemand, der regionale Produkte bevorzugt, an Bio vorbei.

Die Grünen sind also nicht unfair, wenn sie nur dem Bauernbund – also dem Verband der Neueinrichter – das Wort erteilen. In dessen Beitrag steckt neben einer Bilanz der Rinderwahn (BSE)-Hysterie auch ein bedenkenswerter Satz: „Aus der Verbindung von Eigentum und Arbeit folgt ganz selbstverständlich eine nachhaltige Wirtschaftsweise.“ Wer bitte beweist – in Bezug auf die Landwirtschaft – das Gegenteil?

Im letzten Beitrag kommt die Fraktion selbst zu Wort und formuliert eigene Visionen und Ziele. Die sind in ihren Umweltbezügen nicht weit weg von den unseren. Bleibt zu hoffen, dass auch die anderen Parteien sich endlich von den „alten Seilschaften“ lösen und einen kritischeren Blick auf eine Landwirtschaft werfen, die immer weniger Arbeitsplätze bei immer mehr Umweltschäden und sinkender wirtschaftlicher Bedeutung bietet. Zuerst verschwand der freie Bauer, dann die Bäume an Wegen, dann die reiche Natur auf Acker und Feld, jetzt sterben die Dörfer aus. Es ist höchste Zeit für neue Umbrüche!

■ Heinz-Herwig Mascher

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag (Hrsg.)
„Umbrüche auf märkischem Sand.
Brandenburgs Landwirtschaft im Wandel
der Zeiten – Entwicklungen, Risiken,
Perspektiven“, 2011 oekom, München,
ISBN 978-3-86581-263-6

Tansania rückt vom Highway ab

In der Märzausgabe unseres Libell haben wir Euch auf Seite 3 und 4 ausführlich über die Pläne der tansanischen Regierung informiert, einen Highway quer durch das Land von Arusha nach Musoma zu bauen. Die neue Straße hätte den Serengeti-Nationalpark durchschnitten und somit die Wanderrouten tausender Tiere gefährdet. Nunmehr hat Tansania erst einmal Entwarnung gegeben. Die Regierung fürchtet, dass die Serengeti von der UNESCO auf die Liste der gefährdeten Welterbe-Stätten gesetzt wird. Die Pisten durch den Nationalpark bleiben ungeteert und wie bisher nur für touristische und administrative Zwecke nutzbar.

Sollte es bei der Entscheidung bleiben, hat die Regierung Tansanias mehr Weitsicht bewiesen, als die sächsische Landesregierung, die in Dresden mit dem Bau der Waldschlösschenbrücke die Aberkennung des Weltkulturerbestatus durch die UNESCO provoziert hat.

■ Norbert Wilke

Mesochori- Brand

Quelle: <http://www.webforus.de/karpathos/feuer.htm>

Bericht über eine Wanderung auf Karpathos

Mesochori, ein sicheres Höhendort auf Karpathos (die Familien eng beieinander lebend), in zwei Stunden gut zu erreichen vom Naturhafen Lefkos – ein Steg, ein paar Unterkünfte, eine kleine Kapelle und zwei kleine Wirtschaften. Im Winter war Lefkos verlassen und leer – es heißt, die Katzen (jedenfalls die, die zu fangen waren) wurden im Meer ertränkt, einige überlebten, im nächsten Jahr kamen junge und noch hübschere Katzen dazu. Ein Gerücht, glaubhaft – Touristen gefallen diese Geschichten überhaupt nicht.

Mittlerweile ist einiges geschehen. Im Winter ist Lefkos immer noch ziemlich leer, die Pensionen und Restaurants müssen auch irgendwie bewacht und gepflegt werden – einige Griechen bleiben, den Katzen wird auch schon mal was zum Fressen hingestellt, jedenfalls denen, die nicht im Meer ertränkt wurden. Die Landschaft ist sehr schön und seit die Straße gebaut ist kommen Viele, manche nur als Tagestouristen. Sie lieben Griechenland, das einfache Essen und die schönen Ansichten. Mesochori hat heute 350 ständige Bewohner, in Lefkos sind es amtlich 25. Das gilt natürlich nur im Winter – im Sommer können es in Lefkos schon mal schnell 500 zusätzlich allein an Tagestouristen werden. Dies bedeutet Abwässer mehrerer Pensionen, einiger Restaurants und Tavernen – inklusive all der Fette und Öle plus der Chemie. Die WC sollen allerdings ohne Toilettenpapier benutzt werden, es wäre ja auch zu unangenehm im schönen blauen Meer zwischen Papierschnipseln zu schwimmen. Viele pinkeln direkt beim Baden, das ist auch am einfachsten. Das Angebot an Meerestieren ist klein geworden und entsprechend teuer. Das Meer ist ziemlich zugemüllt.

Ein nüchterner Zweckbau wie ein Klärwerk passt wenig zu den Schönheiten der Insel. Direkt neben Sokastro, einer alten byzantinischen Festungsinsel, versinkt jeden Abend die Sonne im Meer, da wo man versteckt baden konnte, dahinter dann führt ein Abflussrohr zum Meer – gut sichtbar im Fahrweg, blind endend, wohl nicht in Betrieb. Wo und wie die Abwässer gesammelt, weitergeleitet, abgeleitet werden, ist nicht zu erkennen

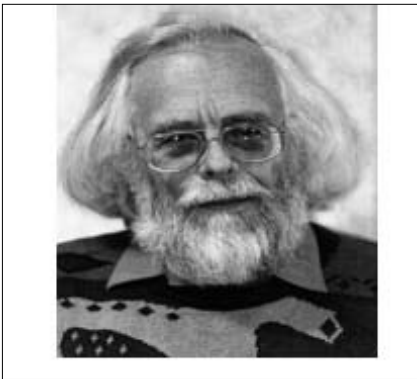
– eben ein Tabu.

Wenn man nun auf der Höhe weitergeht in Richtung auf Mesochori, kommt man bald an eine Fläche von mehreren Kilometern im Quadrat – ein 2004 abgebrannter Hochwald. Die Berichte im Fernsehen mit den Löschflugzeugen aus Athen waren damals sehr eindrucksvoll. Zu sehen ist heute viel Totholz und etwas Macia, sonst karger Felsen und Schutt. Bis vor zwei Jahren war es dort kohlrabenschwarz. Der Regen mehrerer Winter hat viel weggewaschen. Am Ende der Straße kurz vor Mesochori – ein schon etwas angewittertes Bauschild am Straßenrand mit dem Hinweis, dass hier das Gelände bearbeitet, gesichert, terrassiert wird für die Wiederaufforstung. Eine Neubepflanzung ist 2011 nicht zu sehen. Der Holzbock, das wird wohl der gleiche sein wie bei uns, war schon massenhaft tätig. Oben auf der Höhe direkt neben der Straße ein Feuerwachturm mit einem schönen neuen, aber teuren Mercedes-Löschfahrzeug, die Aussicht auf das Meer ist phänomenal – nur eben ohne Wald. Der ist einfach weg. So ganz klar wird auch nicht, was dort bewacht werden soll. Am Rand einer kleinen Schlucht und jetzt gut einzusehen zwei Müllkippen, sicherlich illegal und bald verschlossen, und damit ganz aus dem Blickfeld – das ist ganz wichtig bei Touristen. Egal was nun geschieht oder nicht geschieht, der schmale Weg von Lefkos nach Mesochori bleibt auch die nächsten 100 Jahre und eine Lehre. Allen Griechenlandtouristen ist dieser Leidensweg der Natur dringend zu empfehlen.

Ein Besuch in Lefkos sollte auch verbunden werden mit einem Blick auf die sterbenden Tamarisken am Hafen, die nun völlig einasphaltiert sind, die kleine Kapelle gibt es auch noch, sie ist nur völlig eingebaut. Leider ist der beiden Deutschen so beliebte griechische Salat einfach ungenießbar geworden, die Tomaten schmecken so wie aus jedem deutschen Supermarkt. Lefkos und Mesochori im gebirgigen Norden von Karpathos, im ebenen Süden der neue Flughafen, die Flugverbindungen von Mitteleuropa werden auch immer direkter und die Fähren aus Piräus größer. Karpathos ist jedenfalls touristisch gut erschlossen.

■ Hans-Otto Träger

Zum 10. Todestag von Reimar Gilsenbach



Reimar Gilsenbach

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Reimar_Gilsenbach

Es war ein kalter Dezembertag im Jahr 2001, eisiger Wind wehte aus Ost über den Brodewinsee. Viele Menschen drängten sich vor der Kleinen Kapelle auf dem Brodewiner Friedhof um einem der größten Ökologen unseres Landes, dem Schriftsteller und Umweltschützer Reimar Gilsenbach, das letzte Geleit zu geben.

Reimar Gilsenbach verbrachte seine Kindheit in einer von Anarchisten, Freidenkern und Lebensreformern dominierten Siedlung am Niederrhein. Die „Freisassen“ nahmen sich schon mal das Recht heraus, dem Reichspräsidenten mitzuteilen, dass sie aus Deutschland austreten und künftig auch keine Steuern mehr zahlen werden. Seine Zeit in Dinslaken prägte ihn sehr.

Später lebte er bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht in Dresden. Er wurde 1944 im Raum Narwa eingesetzt und konnte zur Roten Armee fliehen. Dort wurde er als Antifaschist in einer deutschen Frontgruppe eingesetzt, um Briefe deutscher Gefangener in die deutschen Linien zu schmuggeln. Diese Gruppe bestand aus Arbeitern, die meist adligen und bürgerlichen Angehörigen des Nationalkomitees Freies Deutschland lehnten sie ab. Reimar schrieb Flugblätter und verfasste Texte. Nur kurze Zeit später wurde er krankheitsbedingt in ein normales Kriegsgefangenenlager abgeschoben. Nur gesunde Soldaten wurden in der Frontgruppe gebraucht. Ein langer Leidensweg begann, der erst 1948 mit seiner Entlassung aus der Gefangenschaft ende-

te. Ein Jahr lang stellte er sich blind um endlich seine Entlassung zu erreichen. Zurück in Dresden wurde er Journalist der „Sächsischen Zeitung“.

Zwei Jahre später wurde er wegen Diskrepanzen zum stalinistischen Sozialismusmodell wieder entlassen. Nun begann ein wichtiger Abschnitt in seinem Leben, er wurde 1952 Redakteur der neu gegründeten Monatszeitschrift des Kulturbundes „Natur und Heimat“.

In einer schwierigen Zeit widmete er sich mit viel Liebe wichtigen Fragen des Natur- und Heimatschutzes in ganz Deutschland, schrieb immer wieder selbst Beiträge z. B. über den Dresdner Zwinger, das Elbsandsteingebirge oder den Naturforscher Emil Adolf Roßmäßler. Schon 1952 kommentierte er das neue Gesetz zu Naturschutz und Landeskultur in seinem Beitrag „Ohne Naturschutz keine Landeskultur“ und forderte die Einrichtung von Naturschutzgroßgebieten in der DDR. Insbesondere für einen Nationalpark „Sächsische Schweiz“ kämpfte er immer wieder und kritisierte das hierfür zuständige Landwirtschaftsministerium. Im Jahr 1959 wurde Reimar Gilsenbach Chefredakteur von „Natur & Heimat“. In jener Zeit gab es aber keine Hoffnung mehr für eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die Texte wurden politischer und bezogen sich nur noch auf das Gebiet der DDR, letztlich wurde die Zeitung 1962 mit der Publikation „Wissen und Leben“ zusammengeführt. Reimar wurde Schriftsteller und befasste sich schon 1961 in seinem Buch „Die Erde düstert“ mit einem heute hochaktuellen Thema. Viele Bücher folgten, Bücher für Kinder wie „Der Schatz im Acker“. Lesenswert allemal auch für Erwachsene, ohne erhobenen Finger, nicht oberlehrhaft wird hier Wissen vermittelt, wie denn eine gesunde Landwirtschaft aussehen kann. Im Buch „Von Seen und Flüssen“ behandelt Reimar die Notwendigkeit des Schutzes von Gewässern, erstmals gelangte ein Foto der schäumenden und verschmutzten Mulde in ein Buch. In dem Bildband „Sächsische Schweiz“ bringt er nochmals seine Liebe zu eben dieser Landschaft zum Ausdruck.

Anfang 1980 wird er in den Generalvorstand der neu gegründeten Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU), gewählt. Die GNU sollte alle umweltinteressierten Bürger organisieren und

der Staat erhoffte sich somit auch eine Kontrolle der Umweltbewegung. Dies gelang aber nur zum Teil, da viele Umweltaktivisten, darunter auch Gilsenbach, die GNU nutzten, die Umweltschutzarbeit in der DDR zu forcieren.

Bereits ein Jahr später gründete Reimar die Brodewiner Gespräche, ein loses Netzwerk aus Künstlern, Ökologen, Wissenschaftlern und anderen interessierten Mitstreitern um Wege aus der ökologischen Krise zu finden. Die Gruppe besuchte fortan ökologische Brennpunkte in der DDR, wie das Erzgebirge, aber auch potenzielle Großschutzgebiete wie die Boddengewässer am Darß und den Harz. Der Teilnehmerkreis wuchs und es fanden Treffen mit thematischen Schwerpunkten statt.

In den Wendemonaten unternahmen Aktive um Gilsenbach den Versuch, die GNU zu reformieren und zu einer basisdemokratischen Umweltbewegung auszubauen. Der Versuch misslang und die Idee zur Gründung einer GRÜNEN LIGA, einem Netzwerk von Umweltinitiativen, nahm Gestalt an. So wurde Reimar Gilsenbach zu einem der Gründungsväter der GRÜNEN LIGA, der er bis zu seinem Tod angehörte. Seiner Überzeugung blieb er zeitlebens treu.

Anlässlich eines Empfangs zum zehnjährigen Bestehens der GRÜNEN LIGA im Rathaus Pankow in Berlin waren es die Gilsenbachs, die den dort anwesenden Bundesumweltminister Trittin (Grüne) öffentlich kritisierten, da die Bundesregierung den deutschen Militäreinsatz in Jugoslawien gebilligt hatte. Diesen Mut hatte sonst keiner der Anwesenden. Vieles könnte noch zu Reimar Gilsenbach berichtet werden, so seine Weltchronik der Zigeuner oder sein Engagement für den Bund für Naturvölker. Im Jahr 1994 erhielt er den Erwin-Strittmatter Umweltliteraturpreis des Landes Brandenburg. Am 22. November 2001 riss ihn ein Schlaganfall aus einem erfüllten Leben.

Nun nach zehn Jahren stehe ich erneut an seinem Grab. Es befindet sich in der äußersten nordöstlichen Ecke des Friedhofes und es scheint, als wollte Reimar auch im Tod seiner geliebten Natur so nah wie möglich sein. Diesmal scheint die Sonne im November, es ist mild. Sein Grab, ein Feldstein, ein Name und zwei Daten – unvergessen! ■ Norbert Wilke



Wer kennt diesen Mann???

**WAS LIEGEN BLEIBT...
WIRD NICHT MEHR ...
UND NEUES WIRD ANGEFANGEN...
LIEBE LESERINNEN UND LESER,**

„Was gestern noch war,
Scheint schon vergessen.
Was Neues beginnt, das
Alte zerrinnt.
Gelernt haben wir vieles,
getan schon manches, getan werden
muss
noch vieles mehr!!
Die Zeit scheint gegen
uns zu sein, ist doch
Weihnachten nah und
schon bald das Neue Jahr!!“

Tashina Kollat

Die Redaktion des Liga-Libell
wünscht euch frohe Weihnachten
und gutes neues Jahr.
Wir wünschen uns weiterhin
viele interessante Beiträge,
neue Ideen und Anregungen.

Bis bald!

Links für Bilder:

Bei Fragen zum Link bitte an Redaktion wenden, wir teilen sie Ihnen gerne mit.

Impressum

Herausgeber und Verleger:

**GRÜNE LIGA Brandenburg e. V.
Haus der Natur
Lindenstraße 34
14467 Potsdam
Tel.: 0331 - 20155 20
Fax: 0331 - 20155 22
potsdam@grueneliga.de
www.grueneliga-brandenburg.de**

Redaktion:

**Norbert Wilke, Christine Titel, Michael
Ganschow, Friedrich Szameitat, Tashina
Kollat, Katrin Fahrenz (Libell-Logo)
Erscheinungsweise: quartalsweise
Preis: 1,00 Euro, bei Mitgliedern im
Beitrag enthalten
Auflage: 1.200 Exemplare**

**Bankverbindungen:
VR Lausitz-Bank**

**BLZ: 18062678
Geschäftskonto: 55 000
Rechtsschutz: 100055000
Spendenkonto: 200055000**

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge
müssen nicht die Meinung der Redaktion
wiedergeben. Nachdruck und Weiter-
verbreitung der Texte nur mit vorheriger
Genehmigung der Redaktion.**